



**Frank Schwabe**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Klimaschutzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wahlkreisbüro Paulusstr. 45 45657 Recklinghausen

☎ (02361) 49 000 90

☎ (02361) 49 000 91

✉ frank.schwabe@wk.bundestag.de

Ansprechpartner: Frank Cerny

## **Schwabe fordert Antikorruptionsgesetz für deutsche Politiker**

Deutschland ist eines der wenigen Länder der Welt, das mehrfach unterzeichnete internationale Abkommen gegen die Korruption in der Politik im eigenen Land noch nicht umgesetzt hat. "Das ist ein unhaltbarer Zustand. Es kann nicht sein, dass für Beamte und Unternehmer zurecht strenge Regeln gelten, Parlamentarier aber in der Regel keine Strafen fürchten müssen," so der im Wahlkreis Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Waltrop direkt gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe. Er begrüßt deshalb, dass die SPD-Bundestagsfraktion erneut einen Antrag dazu in den Bundestag eingebracht hat. Bisherige Versuche der SPD insbesondere in der Großen Koalition waren am Widerstand von CDU und CSU gescheitert.

"Gerade angesichts der aktuellen Diskussion um Vergünstigungen des Bundespräsidenten wäre ein solches Gesetz hilfreich. Die anderen Oppositionsparteien legen ebenfalls Gesetzentwürfe vor. Es wird jetzt höchste Zeit, dass sich CDU, CSU und FDP endlich auch zu eigenen Vorschlägen durchringen. Deutschland ist ganz sicher nicht das korruptionsgefährdetste Land weltweit. Und es geht auch nicht darum, dass eine einfache Einladung zum Essen im Rahmen einer Lobbyveranstaltung als gezielter Bestechungsversuch gewertet wird. Korruption kommt aber auch in Deutschland vor und bedroht das Gemeinwesen. Deshalb braucht es klare immer wieder zu überprüfende Regelungen für alle, eben auch für Politiker. Eine Einladung zum Urlaub wäre damit dann nicht mehr möglich," so Schwabe.

Deutschland hat 1999 und 2003 völkerrechtliche Übereinkommen über weltweite Standards bei der Korruptionsstrafbarkeit und der Abgeordnetenbestechung unterzeichnet. Mehr als 150 Länder haben das Antikorruptionsübereinkommen umgesetzt, Deutschland bisher noch nicht. "Dass wir damit neben wenigen Ländern wie Syrien, Saudi-Arabien und Sudan zu den Ländern gehören, die die Abkommen nicht umgesetzt haben, ist peinlich und muss endlich beendet werden. Es darf auch nicht den Anschein geben, dass für Politiker andere Regeln gelten als für den Rest der Gesellschaft,

**PRESSMITTEILUNG**



**Frank Schwabe**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Klimaschutzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wahlkreisbüro Paulusstr. 45 45657 Recklinghausen

☎ (02361) 49 000 90

☎ (02361) 49 000 91

✉ frank.schwabe@wk.bundestag.de

Ansprechpartner: Frank Cerny

auch und gerade an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft nicht," so Schwabe. Die Strafen sollen bis zu fünf Jahre Gefängnis betragen können.

Bisher ist nach deutschem Recht ist nur der Stimmenkauf beziehungsweise -verkauf bei Wahlen strafbar. Regelungsbedarf mahnte auch der Bundesgerichtshof im Zusammenhang des Wuppertaler Korruptionsskandal und des Kölner Müllskandals an. Ein neues Gesetz könnte somit auch eine Lücke bei der Korruptionsbekämpfung im kommunalen Bereich schließen.

16.01.2012

**PRESSMITTEILUNG**